

Sitzungsvorlage
860/350/2017

Amt/Abteilung: Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Datum: 05.10.2017	Aktenzeichen: 861		
An:	Datum der Beratung	Zuständigkeit	Abstimmungsergeb.
Stadtvorstand	09.10.2017	Vorberatung N	
Verwaltungsrat	19.10.2017	Entscheidung Ö	
Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau			
Hauptausschuss	07.11.2017	Vorberatung Ö	
Stadtrat	21.11.2017	Entscheidung Ö	

Betreff:

Jahresabschluss 2016 des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau AöR

Beschlussvorschlag:

- I. Feststellung des Jahresabschlusses und Ergebnisverwendung und Entlastung des Vorstandes

1. Feststellung des Jahresabschlusses und Verwendung des Ergebnisses:

Der Verwaltungsrat stellt gem. § 7 Abs. 2 Ziffer f der Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau den geprüften Jahresabschluss des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts zum 31.12.2016 wie folgt fest: Summe der Aktivseite und Passivseite der Bilanz mit 95.706.691,42 € und den Jahresverlust mit 137.966,62 €, der sich aus den Abschlussergebnissen der Betriebszweige

Abwasserbeseitigung mit	51.247,21 €
Abfallentsorgung mit	-53.271,04 €
Bauhof mit	-12.343,76 €
Straßenreinigung mit	-106.397,83 €
Service	-17.201,20 €

zusammensetzt und beschließt die Verwendung der Abschlussergebnisse wie folgt:

Der Jahresgewinn des Betriebszweiges Abwasserbeseitigung wird der allgemeinen Rücklage zugeführt. Der Jahresverlust der Betriebszweige Abfallentsorgung und Straßenreinigung wird mit der allgemeinen Rücklage verrechnet. Der Jahresverlust der Betriebszweige Bauhof und Service wird dem Verlustvortragskonto zugewiesen.

2. Entlastung des Vorstandes:

Der Verwaltungsrat beschließt gemäß § 7 Abs. 2 Ziffer h der Satzung die Entlastung des Vorstandes für das Wirtschaftsjahr 2016.

II. Der Rat der Stadt Landau stimmt dem Beschluss des Verwaltungsrates gem. § 7 Abs. 2 der Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses und der Ergebnisverwendung zu.

Begründung:

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft SWS Schüllermann und Partner AG, Mainz hat den Jahresabschluss 2016 des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes Landau geprüft. Im Prüfungsbericht erteilt die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft den uneingeschränkten Prüfungsvermerk.

Für die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses und der Verwendung des Jahresergebnisses der Anstalt und der Entlastung des Vorstandes ist der Verwaltungsrat nach § 7 Absatz 2 Ziffer f und h der Anstaltssatzung zuständig. Allerdings steht der Beschluss über die Prüfung des Jahresabschlusses und der Ergebnisverwendung unter dem Vorbehalt der abschließenden Zustimmung des Stadtrates gemäß § 7 Absatz 2.

Das konsolidierte Abschlussergebnis 2016 liegt bei -138 T€ und somit 407 T€ unter dem Vorjahresergebnis. Hauptsächlich verursacht ist das negative Ergebnis durch erhöhte Aufwendungen für die Bildung von Pensions- und Beihilferückstellungen. Gegenüber dem Vorjahr mussten 401 T€ mehr aufgewendet werden. Dabei ist der Mehraufwand nicht unmittelbar ausgabewirksam. Die einzelnen Betriebszweige haben sich wie folgt entwickelt:

1 Abwasserbeseitigung

Der Wirtschaftsplan 2016 ging von einem positiven Jahresergebnis von 91 T€ aus.

Das Ergebnis konnte mit einem Jahresgewinn von 51 T€ nicht ganz erreicht werden und liegt um 451 T€ unter dem Ergebnis des Vorjahres. Erhöht haben sich die Umsatzerlöse durch Erhöhung der Gebühren (ab 01.02.2016) für Schmutz- und Niederschlagswasser um 352 T€, während die sonstigen betrieblichen Erträge sich um 147 T€ verminderten.

Die Verminderung des Betriebsergebnisses beruht aber im Wesentlichen auf den gestiegenen betrieblichen Aufwendungen. Insbesondere der höhere Personalaufwand (Altersvorsorge und Beihilfe) mit 213 T€, die Unterhaltung baulicher Anlagen mit 115 T€ und die gestiegenen internen Verwaltungskosten mit 221 T€ sind hier ursächlich.

Der Gewinn liegt deutlich unterhalb des Mindestgewinns nach § 8 Absatz 3 des Kommunalabgabengesetzes, das eine angemessene Verzinsung des Eigenkapitals fordert. Als Mindestgewinn wären demnach 1.068 T€ zu erzielen.

Investitionen waren im Umfang von 4.366 T€ geplant. Tatsächlich wurden Investitionen in Höhe von 1.950 T€ realisiert.

2 Abfallentsorgung

Der Wirtschaftsplan 2016 ging von einem positiven Jahresergebnis von 132 T€ aus. Mit einem negativen Jahresergebnis konnte das geplante Ergebnis nicht erzielt werden und liegt mit 23 T€ unter dem Vorjahresergebnis.

Die betrieblichen Erträge lagen um 623 T€ höher als im Vorjahr. Dabei stiegen die Gebühreneinnahmen um 442 T€. Neben der Erhöhung der Abfallgebühren zum 01.02.2016 führte auch die Zunahme der gebührenpflichtigen Abfallbehälter zu diesen

Mehreinnahmen. Positiv entwickelte sich die Erhöhung der Verwertungserlöse für Papier, Pappe und Kartonage mit Mehreinnahmen 71 T€.

Die gesamten Aufwendungen insbesondere für Betriebsleistungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 506 T€ erhöht. Ein wesentlicher Teil fällt auf höhere Personalaufwendungen (Altersvorsorge) mit 244 T€, auf höheren Materialaufwand (Reparatur Fuhrpark und Behälterservice) mit 231 T€ und gestiegene interne Verwaltungskosten mit 91 T€.

Die Sammlung von Papier, Pappe und Kartonagen (PPK) einschließlich der Vermarktung von Elektro- / Metallschrott im Rahmen des Betriebes gewerblicher Art (BgA) konnte noch ein positives Ergebnis von 36 T€ zur Entlastung der Gebühren liefern.

Der Mindestgewinn nach § 8 KAG wird nicht erreicht.

An Investitionen waren 3.850 T€ geplant. Realisiert wurden dagegen nur Investitionen von 575 T€. Im Wesentlichen war für die geringeren Ausgaben die zeitliche Verzögerung bei der Ausführung des neuen Wertstoffhofes maßgeblich.

3 Bauhof

Der Wirtschaftsplan 2016 ging von einem positiven Jahresergebnis von 2 T€ aus. Ein positives Jahresergebnis konnte nicht erzielt werden. Das negative Ergebnis liegt mit 12 T€ um 141 T€ besser als im Vorjahr. Wesentliche Ursache hierfür sind die gegenüber dem Vorjahr niedrigeren Personalkosten (254 T€) aufgrund eines längeren Krankenstandes (Wegfall Lohnfortzahlung) und dem Ausscheiden von Beschäftigten. Demgegenüber stehen höhere Kosten im Bereich Materialaufwand mit 96 T€ und den sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 53 T€.

An Investitionen waren 245 T€ vorgesehen. Durch Verschiebung von Investitionen in das Folgejahr wurden lediglich 33 T€ realisiert.

4 Straßenreinigung

Der Wirtschaftsplan 2016 ging von einem Verlust in Höhe von 91 T€ aus. Das tatsächliche Ergebnis beträgt - 106 T€. Es liegt damit um 129 T€ unter dem Ergebnis des Vorjahres.

Die gesamten Aufwendungen insbesondere für Betriebsleistungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 136 T€ erhöht. Ein wesentlicher Teil fällt auf höhere Personalaufwendungen (Altersvorsorge) mit 61 T€, auf höheren Materialaufwand mit 25 T€ und gestiegene interne Verwaltungskosten mit 54 T€. Allerdings stehen mehr Erträge durch erhöhte Gebühreneinnahmen und einem höherem städtischen Anteil in Höhe von insgesamt 40 T€ den Ausgaben gegenüber.

Der Mindestgewinn nach § 8 KAG wird nicht erzielt.

An Investitionen waren 30 T€ vorgesehen. Realisiert wurden davon 21 T€ für die Beschaffung von öffentlichen Abfallsammelbehältern.

5 Service

Der Wirtschaftsplan 2016 ging von einem positiven Jahresergebnis in Höhe von 5 T€ aus. Das geplante Ergebnis wurde mit einem Jahresverlust von 17 T€ nicht erreicht und liegt mit 18 T€ unter dem des Vorjahres.

Die Umsatzerlöse wurden durch höhere Kostenerstattungen der anderen Betriebszweige in Höhe 483 T€ gesteigert. Eine Besonderheit lag in der Verlagerung des EWL-Hauptsitzes von der Friedrich-Ebert-Straße 5 in die Georg-Friedrich-Dentzel-Straße 1. Damit verbunden waren erhöhte Unterhaltungskosten (185 T€) für beide Dienstgebäude. Durch den Behalt des Gebäudes Georg-Friedrich-Dentzel-Straße zu eigenen Zwecken war es notwendig die einbehaltende Vorsteuer zur Modernisierung des Gebäudes anteilig in Höhe von 173 T€ an das Finanzamt abzuführen.

An Investitionen waren insgesamt 275 T€ vorgesehen. Insgesamt wurden 42 T€ für die Beschaffung von Betriebs- und Geschäftsausstattung verausgabt, EDV-Investitionen wurden in das Jahr 2017 geschoben.

Anlagen:

Jahresabschlussbericht EWL 2016

Beteiligtes Amt/Ämter:

Dezernat II - BGM

Schlusszeichnung:

--